

Niederschrift

zur 4. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 27.11.2019	18:30-20:27 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Lars Aulich

Fraktion DIE LINKE.

Peter-Martin Mattigk bis 19:50 Uhr anwesend, Gerold Sachse , Stephan Wende ab 19:50 anwesend

CDU-Fraktion

Uwe Koch, Jürgen Teichmann

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe, Thomas Fischer

SPD-Fraktion

Sebastian Rausch

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink

Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker

Sachkundige EinwohnerInnen

Christian Altmann, Jürgen Hajduk, Lars Lorenzen , Sighardt Sternitzke

Verwaltung

Melanie Brückner, Stefan Wichary

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

18:30 Uhr

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Wichary informiert, dass die Neufassung der Satzung über die Aufwandsentschädigung und Prämien für ehrenamtlich tätige Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree von der Verwaltung zurückgenommen wird. Im Jahr 2020 soll diese behandelt werden.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschriften

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Zur Ausschusssitzung am 09.01.2020 findet zeitgleich der Neujahrsempfang der Stadt statt. Er bittet um Terminvorschläge.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

keine

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Antrag der AfD-Fraktion: Steuerrecht und Personalverstärkung

7/AN/055

Herr Fachtan gibt den Kerninhalt des Antrags wieder. Herr Sachse fragt nach der Finanzierungsquelle für die zusätzlichen Mitarbeiter, da der Haushalt bereits jetzt defizitär ist. Herr Fachtan nennt als Quelle den städtischen Haushalt und sieht es als Pflicht, den Aufgaben ab 01.01.2021 ordnungsgemäß nachzukommen. Herr Dippe fragt nach der Sicht der Verwaltung. Frau Brückner erklärt, dass die Verwaltung mit dem Thema Umsatzsteuer bereits vertraut ist. Eine neue Mitarbeiterin mit dem Schwerpunkt Buchhaltung ist Steuerfachangestellte und soll sich diesem Thema widmen.

Frau Brückner berichtet, dass die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 15.12.2016 optiert hat, weiterhin die alte Rechtslage für die Besteuerung der juristischen Person anzuwenden. Demnach wird die Stadt Fürstenwalde/Spree nur für Ihre Betriebe gewerblicher Art sowie Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe Umsatzsteuerpflichtig. Derzeit unterliegen folgende Betriebe der Umsatzsteuer: Stadtforst, FSF (BGA schwapp und Sportstätten).

Weiter BGA: gewerbliche Vermietung: Holzhackschnitzelheizkraftwerk bis Ende 2016, Verpachtung Biogasanlage bis Ende 2009, Stadtfest bis 2015 (ab 2016 Standmieten etc. umsatzsteuerfreie Umsätze), Veranstaltungen (z.B. Rock für den Wald), wenn Jahresumsatz 35.000€ im Jahr nicht übersteigt, dann kommt Körperschaftssteuerrecht nicht zur Anwendung.

Ausblick: 6/IV/628 vom 14.12.2017 informiert umfassend zur Neureglung. Das Produkt Liegenschaften wird derzeit noch geprüft, ansonsten alles geklärt. Die Verwaltung ist derzeit gut auf dieses Thema vorbereitet.

Herr Fachtan fragt, ob die Stadt durch die Neueinstellung ihren Pflichten nachkommen wird und ob es aus der Vergangenheit noch Lasten/Risiken gibt. Nach der Einschätzung von Frau Brückner bestehen keine Risiken, auch personell sollte es machbar sein. Herr Zänker fragt, welche Leistungen der Verwaltung umsatzsteuerpflichtig werden könnten? Es können viele Dinge sein, wobei das Gesetz großen Auslegungsspielraum bietet. Der Ausschuss ist sich einig, dass z.Z. kein Handlungsbedarf besteht und die Verwaltung ausreichend reagiert hat. Im März 2020 soll Bericht erstattet werden.

Herr Aulich zieht den Antrag zurück.

Zurückziehung

TOP 7.2 Antrag der CDU-Fraktion: Beschluss zur Vorbereitung von Gewerbeflächen der Stadt für die Beschleunigung von Gewerbeansiedlungen 7/AN/085

Herr Koch erläutert den Antrag. Im Zuge der Teslaansiedlung sollen die städtischen Flächen für potenzielle Gewerbeansiedlungen vorbereitet und geprüft werden (Naturschutzprüfung etc.). Ergänzend soll auch das mögliche Wohnbaupotenzial geprüft werden. Herr Zänker fragt nach den nötigen finanziellen Mitteln. Herr Wichary informiert, dass derzeit zur Verfügung stehende Haushaltsmittel genutzt werden. Weitere Beantwortungen folgen im kommenden Stadtentwicklungsausschuss. Herr Fischer wünscht sich von der einreichenden Fraktion die Mittelherkunft und plädiert für Zurückziehung, weil die Verwaltung bereits tätig geworden ist.

Herr Koch weist daraufhin, dass er vom Bürgermeister keinen offiziellen Bericht über Tätigkeiten erhalten hat. Die Mittel können aus nicht ausgegebenen Personalkosten gedeckt werden.

Herr Rausch wünscht eine Darstellung des Flächeneigentums.

Es erfolgt keine Abstimmung. Weitere Diskussion im kommenden Hauptausschuss.

TOP 7.3 Antrag der AfD-Fraktion zur Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes 7/AN/088

Herr Fachtan erläutert den Antrag. Es gibt zwei Schwerpunkte: 1. Beauftragung einer Studie zu finanziellen Auswirkungen; 2. tätig werden – absenzen

Der Ausschuss diskutiert zum Thema. Verschiedene Aspekte werden betrachtet, so z.B. würde ein Großteil der Einnahmen durch die „großen Steuerzahler“ verloren gehen, in Hinblick auf den Haushalt fehlen wichtige Einnahmen. Es sollte eine gesamte Strategie zur Wirtschaftsförderung/Standortattraktivität erarbeitet werden. Es könnte auch als unsolidarisches Verhalten ggü. den @see/Nachbarkommunen wahrgenommen werden, dazu wird die Beispielkommune Monheim genannt.

Frau Brückner wird im ersten Quartal 2020 einige Zahlen und Effekte zum Thema aufbereiten.

Es findet keine Abstimmung statt.

TOP 7.4 Genehmigung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Jahre 2019 7/DS/087

Frau Brückner legt eine Tischvorlage vor. Es geht um die Umsetzung des Projektes Fahrradboxen. Es ist ein Fördermittelbescheid vom 22.11.2019 in Höhe 74.000€ eingegangen. Es handelt sich dabei um EFRE Mittel. Insgesamt handelte es sich um eine Auszahlung von 96.000€. Die Deckung erfolgt aus den Fördermitteln, der Eigenanteil kommt aus dem Straßenausbaumehrbelastungsausgleich von 2019.

Herr Dippe beantragt eine Lesepause von 5 Minuten (bis 19:25 Uhr)

Herr Teichmann ist zur Abstimmung nicht anwesend.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 96.228,13 EUR für die Maßnahmenr. 461 PR05 01 005 „EFRE/Fahrradboxen“. Die Deckung ist in Höhe von 76.440 EUR aus dem „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE Mobilität) gewährleistet. Der kommunale Eigenanteil in Höhe von 19.788,13 EUR wird aus der Maßnahme Nr. 466 ST0 000 001 „Straßenausbaumehrbelastungsausgleich“ gedeckt.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2

TOP 7.5 Energetische Stadtsanierung/integriertes Quartierskonzept Fürstenwalde/Süd 7/DS/089

Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuss zügig zur Abstimmung. Es geht um ein Förderprogramm für Eigenheime. Für fachliche Fragen wird seitens der Verwaltung an Herrn Tscheppe/Stadtentwicklungsausschuss verwiesen. Die Mitteldeckung soll aus den Mehrerträgen aus der Gewerbesteuer kommen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, ein Konzept zur umfassenden energetische Sanierung des Quartiers „Südliches Fürstenwalde“ zu erarbeiten.

Unter Berücksichtigung der Förderbedingungen der KfW wird dafür eine Gebietskulisse im Stadtteil Fürstenwalde Süd als Quartier definiert. Sie erstreckt sich von der Spreevorstadt im Norden des Quartiers bis zur im Süden liegenden Autobahn A12. Im Osten wird das Gebiet von der B 168 begrenzt, im Westen schließt seine Ausdehnung die Wohnbereiche an der Luise-Hensel-Straße, Erich-Weinert-Straße und Langen Straße ein.

Die Anlage 1 stellt die Fördergebietskulisse grafisch dar.

Zustimmung Ja 3 Nein 2 Enthaltung 6

TOP 7.6 Haushaltssatzung 2020

7/DS/043

Frau Brückner präsentiert ausgewählte Eckpunkte des Haushalts 2020 (PowerPoint).

Herr Dippe fragt, ob es bereits Kenntnis zur Umsetzung der Grundsteuerreform des Bundes gibt. Herr Wichary erläutert, dass die Grundlagenberechnung vom Finanzamt vorgenommen wird und das Land Brandenburg die Öffnungsklausel nicht nutzt.

Herr Koch fragt, wie die Anzahl genannten 55 Produkte 197 Kostenträger zu verstehen sei. Frau Brückner ergänzt, dass dies eine normale Größe darstellt.

Frau Brückner beantwortet die schriftliche Anfrage von Herrn Dippe zu den Rechts- und Gerichtskosten. Anstatt normalerweise 17.000€ sind im Haushalt 136.000€ für besondere Verfahren eingestellt.

Herr Koch merkt an, dass beschlossen wurde das Thema „SWAPs“ geklagt werden soll. Bei der Klage gegen die KEG ist er anderer Meinung als der Bürgermeister. Dieser sieht einen Streitwert von 5.000-7.000€, Herr Koch sieht ihn bei 3 Mio€. Die Zahl im Haushalt erscheint ihm zu wenig und bezweifelt aus diesem Grund Korrektheit des Haushalts.

Frau Brückner verweist auf laufende Verfahren und bittet um Diskussion im nicht öffentlichen Teil. Herr Sachse ergänzt, dass im 1. Haushaltsentwurf 272.000€ standen, dann 136.000€ und in einer Drucksache vom vergangenen Donnerstag 480.000€.

Herr Wende spricht sich für eine öffentliche Diskussion aus.

Herr Wichary weist daraufhin, dass jedes Mitglied beantragen kann, die Öffentlichkeit auszuschließen. Herr Fischer empfiehlt die Diskussion im nicht öffentlichen Teil und erinnert, dass Rückstellungen für mögliche Risiken im Verfahren im Jahresabschluss abgebildet werden.

Herr Sachse ist für die Aufnahme von bestimmten Positionen in Haushalt. Er berichtet von einem Besuch mit BFZ Fraktion bei der Feuerwehr. Hier ist die Anschaffung eines Rettungsboots dringend notwendig (50.000 €) sowie die Sanierung des Bodens der Fahrzeughalle. Außerdem mehrere Kleinigkeiten für Kitas und Schulen. Beispielsweise die Außenanlagen der Kita Kunterbunt (4.000€) und der Fallschutz für die Spielgeräte der Sonnengrundschule, der dringend erneuert werden muss. Herr Dippe macht den Vorschlag, dass nach der inhaltliche Diskussion in den Fachausschüssen erneut im Finanzausschuss, vor dem 12.12., noch einmal diskutiert werden sollte. Herr Wende

ergänzt Herrn Dippe, dass der Finanzausschuss abschließend die „Haushaltsbereinigung“ durchführen sollte. Er geht auf mögliche Einsparpotenziale ein. Dies liegt in der Frage der Rechtsstreitigkeiten, dem Stellenplan z.B. 1/2 Stelle aus der Integrationspauschale, die Stelle im Personalwesen und des persönlichen Referenten.

Herr Fachtan verweist auch an anderen Stellen wo Boote vorhanden sind, so z.B. die Wasserwacht, DLRG und Katastrophenschutz.

Herr Wichary gibt zu bedenken, dass die aufgezählten Einsparpotenziale im Haushalt der laufenden Verwaltung enthalten sind, wohingegen die Wünsche den Investitionshaushalt belasten würden. Die Stelle aus der Integrationspauschale soll in Richtung „Integration durch Sport“ gehen.

Herr Sachse fragt, inwieweit die Aufhebung des Nachtragshaushalts Auswirkungen auf den Haushalt und die Investitionen für das Pneumantforum hat. Herr Wichary erklärt, dass das Rechnungsprüfungsamt und die Kommunalaufsicht unterschiedliche Auffassung zu einer Vorschrift hat. Das Ministerium hat einen Hinweis zu Auslegung gegeben. Dabei geht es um die Darstellung im Jahresabschluss. Für die Folgejahre ergeben sich keine Auswirkungen.

Herr Koch wünscht zum Hauptausschuss eine Übersicht der nicht besetzten Stellen im Stellenplan. Herr Aulich geht auf den Wunsch des Ausschusses ein, eine Sitzung vor dem 12.12.19 zu machen. Der Ausschuss einigt sich auf den 09.12.19 18:30 Uhr.

TOP 7.7 Antrag der BFZ-Fraktion: Fürstenwalder Wirtschaftsförderung und 7/AN/020 Standortmarketing stärken - Synergien durch Übernahme der OWF Gesellschaft mbH

Herr Wichary ergänzt, dass es zum Thema ein Arbeitspapier der Verwaltung gibt, welches kurzfristig zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Fischer bittet, sich mit dem Dokument im Hauptausschuss zu beschäftigen. Vor allem unter der Maßgabe der Anträge zur „Gewerbesteuersenkung“ und „Flächenpotenziale“ um die Wirtschaftsförderung der Stadt in Gänze professionell zu organisieren.

Herr Wende bittet um ein ergebnisoffenes Gespräch mit der OWF. Auf Nachfrage ergänzt Herr Wichary, dass die Verfasserinnen des Arbeitspapiers Frau Stiebe und Frau Gebauer aus dem Bürgermeisterbereich sind.

Herr Sachse sieht eine gute Ergänzung der OWF (Förderung) und der GIP (Immobilien). Er wünscht eine deutlichere Darstellung der Ergänzungen des jeweils anderen Teils.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Frau Brücker informiert über einen Antrag auf Erhöhung der Kreditlinie des schwapps vom 05.12.19 von 100.000€ auf 200.000€. Am 09.12.19 wird die Drucksache 7/DS/095 im Hauptausschuss beraten.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Hajduk möchte wissen, aus welchem Budget der Mehraufwand für die Kletterwand aus dem Bürgerbudget stammt.

Herr Wichary informiert, dass die Mittel aus dem jährlichen Budget für Spielplätze stammt.

Herr Wende erkundigt sich nach Neuigkeiten im Klageverfahren KEG bzw. ob es eine Klageerwidderung gibt.

Herr Wichary gibt zum laufenden Verfahren nur Auskünfte im nicht öffentlichen Teil. Wobei er keine Erkenntnisse teilen könnte. Zum Streitwert muss die Gegenseite keine Auskunft geben.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

20:27 Uhr

Lars Aulich

Vorsitzender

Schriftführer